

Beschluss des Landrats vom 22.10.2020

Nr. 578

13. Formulierte Gesetzesinitiative «Die gigantische und unerfüllbare Anzahl von 3'500 Kompetenzbeschreibungen in den Lehrplänen auf ein vernünftiges Mass reduzieren»

2020/22; Protokoll: mko

Kommissionspräsident **Pascal Ryf** (CVP) führt aus, dass die formulierte Gesetzesinitiative im August 2019 mit 1'845 gültigen Unterschriften zustande gekommen sei. Der Landrat erklärte sie für rechtsgültig.

Worum geht es? Die Initiative verlangt, dass die gesamte Anzahl von Kompetenzbeschreibungen in den Stufenlehrplänen von Primarschule und Sekundarstufe I auf maximal 1'000 begrenzt wird. Zusätzlich sollen die Stoffinhalte und Themen in der Sekundarstufe I bezüglich Jahresziel und Anforderungsniveau differenziert und auf den Inhalt und die Anforderungen der beruflichen Grundbildung, der Fachmittelschule und des Gymnasiums abgestimmt sein. Der Regierungsrat beantragt, die formulierte Gesetzesinitiative abzulehnen und verzichtet auf einen Gegenvorschlag. Er begründet seine ablehnende Haltung damit, dass einerseits die Anliegen mit der Annahme des Gegenvorschlags zur Initiative «Ja zu Lehrplänen mit klar definierten Stoffinhalten und Themen» aus dem Jahr 2017 erfüllt sei. Zudem wurde im Baselbiet ein in der Schweiz einmaliger Rückmeldeprozess durchgeführt, bei dem alle Sekundarschulen über die schulinternen Fachgruppen miteinbezogen worden sind. Dabei wurden konkrete Vorschläge aufgenommen und fliessen in die Anpassung des Lehrplans ein. Dieser soll 2022 und 2023 definitiv sein und der angepasste Lehrplan Volksschule Basel-Landschaft soll vorliegen.

Die Bildungs-, Kultur- und Sportkommission beriet das Geschäft im Beisein des Vertreters des Initiativkomitees der Starken Schule beider Basel, Jürg Wiedemann. Er erläuterte, dass die Starke Schule beider Basel die Initiative «Ja zu den Lehrplänen mit klar definierten Stoffinhalten und Themen» zugunsten des Gegenvorschlags zurückgezogen hatte. Sie ging davon aus, dass ein neuer zweiteiliger Lehrplan der Volksschule Baselland erarbeitet würde, mit zwei klar unterschiedlichen Teilen – einem Teil A mit dem Titel «Stoffinhalte und Themen» und einem Teil B mit dem Titel «Kompetenzbeschreibungen». Dies sei jedoch nur beschränkt umgesetzt worden. Des Weiteren kritisierte der Vertreter des Initiativkomitees, dass an den Rating-Konferenzen grundsätzliche Diskussionen, wie über das Weglassen von Kompetenzbeschreibungen in Teil A des Lehrplans, um einen schlanken Lehrplanteil zu erhalten, nicht zugelassen würden. Die Kommission hob hervor, dass der schweizweit einmalige Rücklaufprozess sehr positiv gewesen sei. In verschiedenen Voten wurde betont, dass man auf den Prozess vertrauen solle, zumal die Starke Schule darin selber involviert sei. Das Wichtigste sei aber, gemäss einem Kommissionsmitglied, dass in der Schule nun Ruhe und Sicherheit einkehrt. Auf der Sekundarstufe I brauche es zudem Zeit, um die neuen Lehrmittellisten zu erstellen und Erfahrungen mit den neuen Lehrmitteln zu sammeln. Auch der Bildungsrat, der die Aufträge der Rückmeldeprozesse erteilt, nehme seine Aufgabe sehr ernst. Eine Kommissionsminderheit hielt fest, sie würde die erste Forderung der Initiative unterstützen, bei der es darum geht, die Lehrplanteile klar zu trennen in einen Teil A (nur Themen und Stoffinhalte) und einen Teil B (mit Kompetenzbeschreibungen). Jedoch sei es nicht sinnvoll, wenn diese auf die willkürliche Zahl von 1'000 beschränkt würden.

Die Bildungs-, Kultur- und Sportkommission beantragt dem Landrat mit 13:0 Stimmen, dem unveränderten Landratsbeschluss zuzustimmen.

[Um 15:50 Uhr begrüsst der Landratspräsident Gäste aus dem jurassischen und dem baselstädtischen Parlament.]

– *Antrag auf Eintretensdebatte*

Andreas Dürr (FDP) sagt, dass es bei 13:0 Stimmen normalerweise keine Diskussion gebe, was normalerweise auch richtig sei, und normalerweise auch richtig um diese fortgeschrittene Stunde. Hier geht es aber um etwas sehr Zentrales und gerade als kein ausgesprochener Bildungspolitiker kann er das Wort Lehrplan und den Begriff Lehrplanstreit langsam nicht mehr hören. Umso erstaunlicher ist es doch, dass dieser Lehrpläne offensichtlich mit 13:0 Stimmen in der BKSK beschlossen wurden. Dieser Landratsbeschluss führt dazu, dass man die Initiative einstimmig ablehnen will.

Lehrpläne sind seit Jahren umstritten. Es wäre deshalb die Haltung der Kommissionsmitglieder interessant, die offensichtlich dezidiert und klar ist. Es ist auch ein starkes Signal an den Landrat, wie das begründet wird. Da es sich um eine Initiative handelt, kommt es ohnehin zur Volksabstimmung. Dies führt dazu, dass eine Eintretensdebatte aus Sicht der FDP-Fraktion als sehr wichtig und als notwendig erachtet wird. Es ist absolut zentral, dass ein Thema wie Lehrpläne, worüber man in der Bildungspolitik seit Jahren streitet, nicht einfach mit 13:0 Stimmen erledigt ist. Der Rat hat einen Anspruch darauf, die Meinungen der Kommissionsmitglieder zu hören. Das geht sonst zu schnell.

Roman Brunner (SP) lehnt namens seiner Fraktion eine Eintretensdebatte ab. Der Kommissionsbeschluss erfolgte einstimmig. Andreas Dürr mag darüber erstaunt sein. Es hat aber durchaus seine Gründe. Einerseits konnte das Initiativkomitee seine Argumentation in der Kommission vorbringen. Die Anliegen und Forderungen der Initiative wurden geprüft und ernst genommen. In der anschliessenden Beratung kam die Kommission zu dem erwähnten eindeutigen Beschluss, der im Kommissionsbericht auch ausreichend begründet ist. Genau für derartige Fälle wurde die Regelung eingeführt, dass in solchen Fällen auf eine Eintretensdebatte verzichtet wird.

Landratspräsident **Heinz Lurf** (FDP) bittet Roman Brunner, sich auf den Antrag auf Eintretensdebatte zu beschränken.

Roman Brunner (SP) fasst zusammen, dass der Kommissionsentscheid derart unbestritten war, dass eine Debatte über das Eintreten auf die Vorlage unnötig ist.

://: Der Antrag auf Eintretensdebatte wird mit 42:38 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen, das 2/3-Mehr wird jedoch verfehlt.

://: Eintreten ist unbestritten.

– *Detailberatung Landratsbeschluss*

Titel und Ingress

Keine Wortmeldungen.

Ziffern 1 und 2

Regina Werthmüller (parteilos) stellt den Antrag, im Landratsbeschluss die Ablehnung durch den Landrat in den Ziffern 1 und 2 abzuändern in eine Annahme. In der Kommission konnten diese Anträge leider nicht begründet werden, weshalb sie nun hier die Chance ergreift, dazu Stellung zu nehmen.

Warum braucht es diese Initiative? Die Antwort ist ganz einfach. Die letzte Initiative der Starken Schule beider Basel ist nicht erfüllt, wie dies auch im Bericht der Kommission festgehalten wird. Das Komitee Starke Schule beider Basel hat die Initiative «Ja zu Lehrplänen mit klar definierten

Stoffinhalten und Themen» zugunsten des Gegenvorschlages zurückgezogen, der schliesslich mit 84,2 % Zustimmung durch die Baselbieter Bevölkerung angenommen wurde.

Die Regierung ignoriert nun aber diese Abstimmung. Der Bildungsrat hatte klar den Auftrag an das AVS erteilt, dass die Initiative in zwei Lehrplanteilen gestaltet werden und das AVS diese Arbeit erledigen muss. Sie hat bestimmt, dass bei den neuen Stofflehrplänen ein Lehrplanteil A und ein Lehrplanteil B entstehen soll, wobei der Lehrplanteil A nur Stoffinhalte und Themen beinhalten sollte. Diese Arbeit wurde nicht erfüllt, das AVS weigert sich, sie auszuführen. Man bedient sich stattdessen Buebetricklis, nimmt den alten Lehrplan 21 und kopiert mittels copy-paste diesen Teil in den Lehrplanteil A, der wiederum mit Kompetenzen gespickt ist.

Möchte die Regierung wirklich Ruhe im Stall, muss sie den Volkswillen so umsetzen, wie er bestellt wurde. 84,2 % haben diesem Versprechen zugestimmt, und die Regierung und das Amt für Volksschule müssen dieses nun einlösen.

Phillipp Loretz von der Geschäftsleitung LVB hat auf Twitter bezüglich der Umsetzung der Initiative folgenden Vergleich angestellt: «Wenn man im Restaurant eine Cola und ein Fanta bestellt, erhält man in aller Regel eine Cola und ein Fanta. Nicht so im Kanton Basel-Landschaft. Hier bringt der Kellner zwei Flaschen Cola, die eine mit einer Fanta-Etikette versehen.»

Wie gesagt: Es war ein Versprechen der Regierung, die Initiative so auszuführen. Bis jetzt hat sie das Versprechen nicht gehalten. So lange es nicht erfüllt ist, wird die Diskussion weitergehen und man wird keine Ruhe haben und es werden von Seiten LVB und Starke Schule Basel weiterführende und weitere Initiativen hinzukommen.

Aus diesem Grund sei das Parlament gebeten, den Landratsbeschluss anzupassen und der formulierten Gesetzesinitiative «Die gigantische und unerfüllte Anzahl an 3500 Kompetenzbeschreibungen in den Lehrplänen auf ein vernünftiges Mass reduzieren» zuzustimmen.

Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) findet, dass die Vorwürfe von Regina Werthmüller schwer wiegen. Das Komitee Starke Schule will einfach nicht wahrhaben, was Tatsache ist. Tatsache ist, dass es zwei Lehrplanteile gibt. Tatsache ist, dass alle Baselbieter Lehrerinnen und Lehrer der Sekundarschule mit beiden Lehrplanteilen arbeiten und entscheiden können, welchen sie verwenden wollen. Tatsache ist, dass ein breiter Rückmeldeprozess im Gange ist. Jede Sekundarschullehrerin und jeder Sekundarschullehrer kann innert drei Jahren jedes Jahr Rückmeldung geben, wie der Lehrplan in ihren bzw. seinem Fach gestaltet werden soll. Diese Rückmeldeschlaufen sind sehr erfolgreich. Bereits nach dem ersten Jahr (2019) hatte der Bildungsrat Aufträge erteilt, wie der Lehrplan gekürzt werden soll, welche Teile überflüssig sind etc. Gegenwärtig läuft die zweite Rückmeldeschleife. Von den zirka 1'100 Lehrpersonen haben sich über 700 in zwölf betroffenen Fächern daran beteiligt. Alle Rückmeldungen werden aufgenommen. Es wird auch Kritik aufgenommen, ebenso werden Fragen zur strukturellen Gliederung beantwortet und in einem Bericht abgebildet. Dieser Bericht wird zusätzlich von einem Begleitgremium – das sich zusammensetzt aus den Vorständen der amtlichen kantonalen Lehrerkonferenz, des Lehrer- und Lehrerinnenvereins und der Schulleitungskonferenzen – genau analysiert und untersucht. Es wird darauf geschaut, dass alle Rückmeldungen richtig im Bericht abgebildet werden. Was will man also noch mehr?

Es scheint, dass das Komitee Starke Schule beider Basel den Lehrplan nur nach seinem Gusto umsetzen möchte. Es gilt, dass der Lehrplan für sämtliche Fachlehrerinnen und Fachlehrer im Kanton Basel-Landschaft ein gutes Arbeitsinstrument sein soll und nicht einfach auf der Meinung einiger Lehrerinnen und Lehrer basieren soll. Dies sei hier in Erinnerung gerufen. Man ist in einem schweizweit einzigartigen Prozess eingebunden – und diesem soll man nun seine Chance lassen. Es ist eine Zwängerei, wenn das Komitee Starke Schule beider Basel dies einfach nicht akzeptieren will. Die Initiative tönt zwar im Titel gut. Weshalb aber die Schülerinnen und Schüler ihre Kompetenzen nach Ende der Sekundarschulzeit auf 1'000 beschränken sollen, ist schleierhaft.

Die Landräte und Landrätinnen seien also gebeten, die Initiative abzulehnen und auf den Antrag nicht einzutreten.

Ernst Schürch (SP) erklärt, dass die SP-Fraktion den Antrag von Regina Werthmüller ablehnen werde. Die Initiative verlangt eine Beschränkung auf 1'000 Kompetenzen. Das ist willkürlich. Eine weitere Überarbeitung wäre teuer und gar nicht zu leisten. Die Lehrpersonen der Sekundarstufe sind stark ausgelastet mit der Umsetzung des Lehrplans, mit der Einarbeitung in neue Lehrmittel, mit der Digitalisierung und mit anderen Neuerungen. Zudem arbeiten die Schulen auf der Primarstufe bereits seit sieben Jahren gut und ohne Probleme mit dem Lehrplan.

Die weiteren Anliegen der Initiative sind bereits erfüllt oder werden noch erfüllt. Der Bildungsrat hat einen Auftrag gegeben. Drei Rückmeldeschlaufen (2019, 2020, 2021) mit Ratingkonferenzen, Lehrerinnen und Lehrer der Sekundarschulen im Auftrag der Fachschaften, können ihre geballte Fachexpertise einbringen. Das ist schweizweit und historisch eine einmalige Möglichkeit der Partizipation. Die Rückmeldungen aus den Ratingkonferenzen weisen grossmehrheitlich eine hohe Zufriedenheit mit dem Prozess und den Resultaten auf. Der Bildungsrat wird die Anpassungen mit Sicherheit vornehmen und per Schuljahr 2022/23 beschliessen.

Die Sekundarschulen verfügen jetzt eigentlich über 2,5 Lehrpläne. Erstens der Lehrplan der Volksschulen (der dem Lehrplan 21 entspricht, mit den Anpassungen für Baselland, weil man hier keine Sammelfächer kennt). Zweitens der Lehrplan, der jetzt überarbeitet wird, möglichst ohne Kompetenzbeschreibung. Aber es geht, ehrlich gesagt, nicht ganz ohne. Wie soll man z. B. einen Lehrplan für die Hauswirtschaft schreiben, wenn darin keine Kompetenzbeschreibungen enthalten sein sollen? Dann müsste man eine Art Menüplan für das ganze Schuljahr schreiben – und das war's dann. Drittens gibt es eine Musterjahresplanung für jedes Fach und jedes Schuljahr. All dies wird den Schulen grosszügig zur Verfügung gestellt. Damit muss man arbeiten können, egal ob man nun ein Fan vom Kompetenzen ist oder nicht.

Zusammenfassend: Die Anliegen der Initiative sind erfüllt, die Annahme wäre kontraproduktiv und würde erneut zu grosser Unsicherheit in den Schulen führen, sie wäre teuer und in der heutigen Situation gar nicht zu leisten. Der Bildungsrat hat die Aufträge erteilt und wird, wo nötig, Korrekturen anbringen. Der Landrat soll ein deutliches Zeichen setzen und Ja zum Landratsbeschluss und Nein zur Initiative sagen.

Anita Biedert (SVP) erklärt, dass die grosse Mehrheit der SVP-Fraktion die Anträge von Regina Werthmüller unterstütze. Der Lehrplan ist eine Verständigungsbasis. Dieser muss zum Ausdruck bringen, was angestrebt wird, in klarer Art und Weise. Er soll die Lehrpersonen bei der Umsetzung der Inhalte und Lernziele unterstützen und sollte übersichtlich und klar lesbar sein. Die SVP-Fraktion ist klar der Meinung, dass der Volksentscheid vom Jahr 2018 zu beachten ist. Über 80 % des Stimmvolks hat damals den Gegenvorschlag zur Initiative der Starken Schule beider Basel angenommen. Es soll im Gesetz verankert werden, dass der Lehrplan einen Teil A (mit klaren Themen und Stoffinhalten) und B (mit Kompetenzbeschreibungen) hat.

Der Lehrplanteil B müsste auf ein vernünftiges Mass an Kompetenzbeschreibungen reduziert werden, mit anderen Worten, auf höchstens 1'000 Kompetenzen. Die Themen und Stoffinhalte würden dann im Teil A akzentuiert. Somit wäre der Übersichtlichkeit und Lesbarkeit eines Lehrplans Rechnung getragen.

Alle Interessenverbände haben sich für pointiert formulierte und kurze Lehrpläne ausgesprochen. Dies insbesondere im Rahmen der Vernehmlassung der Fächer Englisch und Französisch.

Eine Bemerkung zu Ernst Schürch: Klare Lehrpläne erleichtern die Arbeit der Lehrpersonen und strapazieren sie nicht noch zusätzlich.

Eine Bemerkung zu Regierungsrätin Monica Gschwind: Die zweite Rückmeldeschleife und die Anmerkungen zu den strukturellen Gliederungen sind am Laufen. Prinzipiell wurde aber eine Strukturveränderung nicht zugelassen.

Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) befürchtet, dass Anita Biedert etwas falsch verstanden hat. Strukturelle Änderungsvorschläge werden aufgenommen. Sie kann bestätigen, dass die Lehrpläne fokussierter und kürzer werden, und zwar je nach Fach. Nicht jedes Fach hat die gleichen Anforderungen. Je nach dem kann ein Lehrplan eines Faches kürzer oder etwas länger sein. Es ist aber gewünscht, dass stark gekürzt wird, was man auch tun wird. Dafür braucht es die Initiative nicht. Man ist sehr bestrebt, dass es einen breit abgestützten Lehrplan gibt, mit dem die Lehrerinnen und Lehrer gut damit arbeiten können und der auch für die Eltern nachvollziehbar ist. Vor allem soll auch die neue Lehrmittelfreiheit den geeigneten Rahmen haben. Die Schülerinnen und Schüler lernen somit, was sie lernen müssen und was an Grundkompetenzen nach dem dritten Sekundarschuljahr erwartet wird.

Man ist also im Prozess offen und verheimlicht nichts, nimmt alles auf und setzt die Forderungen der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger vollumfänglich um. Der Bildungsrat lässt sich die Resultate der Rückmeldungen vorlegen und erteilt die entsprechenden Aufträge. Diese wurden schon nach dem ersten Jahr erteilt. Nun geht es weiter. Die Regierungsrätin ist überzeugt, dass man nach dem dritten Jahr, im Jahr 2022/23, einen breit abgestützten Lehrplan hat, der den Fachpersonen auch wirklich dient.

Jan Kirchmayr (SP) sagt, dass die Initiative zwei Dinge fordere. Einerseits Stofflehrpläne, andererseits eine Plafonierung der Kompetenzen. Teil 1 steht bereits so im Gesetz und braucht es nicht mehr. Teil 2 ist absurd. Denn es hatten damals alle Parteien, zusammen mit der Starke Schule, im Jahr 2018 einen Kompromiss geschlossen, dies im Rahmen der Abstimmung «Ja zu Lehrplänen mit klar definierten Stoffinhalten und Themen». Dort wurde ganz klar gesagt, dass man einen kompetenzorientierten Lehrplan und einen Stofflehrplan möchte. Mittlerweile gibt es ja sogar zweieinhalb Lehrpläne, weil es noch die Musterjahresplanungen gibt.

Die Vorwürfe von Regina Werthmüller sind nicht ganz nachvollziehbar. Mit dem Englischstofflehrplan war die Starke Schule einverstanden und sie feierte ihn in den sozialen Medien ab. Es wurden dort auch strukturellen Änderungen zugelassen. Das ist doch etwas verwirrend.

Die Rückmeldeschlaufen sind so basisdemokratisch wie in keinem anderen Kanton. Alle Lehrpersonen, die möchten, können in ihren Fächern mitreden. Das ist auch gut so. Es wird nicht von oben herab ein Lehrplan übergestülpt und die Lehrpersonen können sich nicht dagegen wehren oder mitreden. Dies ist ausnahmsweise doch zu loben. Es gibt zwar auch Stofflehrpläne, die zwar zu gross sind, aber dies wird auch angegangen: Deutsch, Geographie, Geschichte. Die Fehde, welche die Starke Schule mit dem AVS führt, ist am falschen Ort, abgesehen davon, dass es der falsche Weg ist.

Jan Kirchmayr ist Mitglied des Lehrerinnen- und Lehrerverbands und lehnt die Initiative dezidiert ab, ebenso andere LVB-Mitglieder in der Fraktion. Es ist doch etwas speziell, wenn man die Behauptung aufstellt, der LVB sei für die Initiative.

Jürg Vogt (FDP) kann sich seitens FDP-Fraktion Vielem von dem, was gesagt wurde, anschliessen. Der Lehrplan ist ein Prozess, der nicht abgeschlossen ist. Vor allem wird begrüsst, dass Rückmeldungen der Lehrpersonen möglich sind und man aktiv daran teilnehmen kann. Man möchte auch jeden Fall verhindern, dass mit Annahme der Initiative dieser Prozess unterbrochen wird. Denn was man braucht und woran die Regierungsrätin sehr stark arbeitet, ist, Ruhe in die Schule zu bringen – zugunsten der Schüler. Deshalb sollte man die Initiative ablehnen.

3'500 Kompetenzen lassen sich laut **Caroline Mall** (SVP) tatsächlich als eine riesige Anzahl ansehen. Hand aufs Herz: Es wird wohl kein Schulabgänger 3'500 Kompetenzen erfüllen können. Und man kann durchaus für die Reduktion auf 1'000 Kompetenzen sein.

Was würde bei einer Reduktion passieren? Die Antwort, die auf diese Frage in der Kommission geliefert wurde, war zwar nicht ganz klar, aber stückweise nachvollziehbar: Man müsste die Aus-

bildung der Lehrpersonen anpassen, möglicherweise auch die Lehrbücher etc.

Zwei Fragen an die Regierung: Die Regierungsrätin sagte, der Lehrplan werde bis 2022/23 straff formuliert dem Landrat vorgelegt. Heisst «straff» also, dass man von den 3'500 Kompetenzen wekommt? Zweite Frage: Es liegt eine Motion auf dem Tisch, die in Kürze überwiesen werden sollte, in der gefordert wird, dass es eine klare Trennung zwischen Teil A und Teil B gibt. Faktisch ist das heute nicht der Fall. Dies ist eine der wichtigsten Grundlagen für Lehrpersonen und Erziehungsberechtigte. Kann die Regierungsrätin versprechen, dass dieser Teil A in Zukunft tatsächlich nur mit Stoffinhalten gespickt sein wird? Und werden dann die ganzen Kompetenzen ebenfalls reduziert?

Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) bestätigt, dass der gesamte Lehrplan der Sekundarschule gestrafft und gekürzt wird. Dies ist ausdrücklicher Wunsch der Lehrpersonen, die das erste Schuljahr und das zweite Schuljahr beurteilt haben. Nach jedem Jahr werden dem Bildungsrat Anträge unterbreitet, dass der Lehrplan entsprechend überarbeitet werde. Ernst Schürch hatte es vorhin erwähnt, dass dies bereits in den Fächern Geschichte, Geographie und Biologie passiert. Auch für den Leistungszug A wurde Auftrag erteilt, den Lehrplan zu kürzen, weil gemäss Rückmeldungen er zu umfangreich sei. Jedes Jahr wird der Bildungsrat entsprechende Aufträge erteilen und dann, nach den Rückmeldungen aller drei Schuljahre, den Lehrplan gesamthaft absegnen. Der Lehrplan wird dem Bildungsrat unterbreitet, nicht dem Landrat.

Ernst Schürch hatte es vorhin erwähnt: ganz ohne Kompetenzen geht es in keinem Lehrplan. Was ist eine Kompetenz? Als Beispiel wurde das Rechnen im Zahlenraum bis 100 erwähnt. Man kann dies aber gleichzeitig als Inhalt verstehen. Am Schluss sind es Begriffsklaubereien, was man ebenfalls bereinigen möchte; gemeinsam mit den Vorständen und den Partnern AKK, LVB und SVA.

Die Regierungsrätin kann also nicht bestätigen, dass es keine Kompetenzen mehr im Lehrplan A geben wird. Sie kann aber bestätigen, dass der Lehrplan stärker als heute auf Inhalte ausgerichtet wird, dass er kürzer, straffer und fokussierter wird.

Julia Kirchmayr-Gosteli (Grüne) sagt, dass die Grüne/EVP-Fraktion die Anträge von Regina Werthmüller ablehne. Die Vorredner Ernst Schürch und Jan Kirchmayr sind auf das Wichtigste bereits eingegangen, deshalb kann ihr Votum kürzer ausfallen. Auch sie ist Mitglied des LVB und klar für den Landratsbeschluss und gegen die Initiative. Bei der Ausarbeitung der Lehrpläne waren alle Player im Boot. Es durften alle mitreden, mitgestalten. Es gab einen regen Austausch, Analysen und Verbesserungen. Den Ablauf empfindet sie als echten Prozess und möchte deshalb namens der Fraktion beantragen, Ja zum Landratsbeschluss und Nein zur Initiative zu sagen.

Regina Werthmüller (parteilos) freut sich über das Zustandekommen der Debatte. Gewisse Voten von Regierungsrätin Monica Gschwind stimmen zuversichtlich, dass die Lehrpläne überarbeitet werden oder in Bearbeitung sind. Jan Kirchmayr brüstet sich mit dem Englischlehrplan, der lediglich noch sechs Seiten aufweist. Es war ein harter Kampf bis zu diesem Englischlehrplan. Die Expertengruppe musste sich vehement gegen das AVS und gegen die vorgegebene Struktur zur Wehr setzen. Der lange Prozess führte schliesslich dazu, dass sich die Experten um die Vorgaben focht und einen ganz neuen Lehrplan geschrieben haben. Dies führte dazu, dass der Bildungsrat und sämtliche Player lobende Worte dafür fanden. Schliesslich hiess der Bildungsrat den Englischlehrplan vor den Sommerferien endlich gut.

Die Gruppe verdient Respekt, dass sie sich widersetzt und auf ihr Fachwissen zurückgegriffen hat. Sie weiss, was eine Lehrperson unterrichten muss und was für ihre Schülerinnen und Schüler an Themen und Stoffinhalten während ihren drei Jahren durchnehmen müssen. Die Votantin ist nicht gegen Kompetenzen. Kompetenzen, wie in der Medienmitteilung der Handelskammer geschrieben, sind sehr sinnvoll – im Berufsleben. In einer Berufsschule ist die Erarbeitung von Kompeten-

zen unabdingbar. Auch in der Schule gibt es sicher Kompetenzen, die man sich aneignen muss. Aber 3'536 Kompetenzen sind «too much».

Die Votantin ist kein Mitglied des Lehrerverbands. Sie hat lediglich das Statement von Philipp Loretz vom LVB zitiert und fand es passend, weil es zeigte, wie die Umsetzung der Initiative vonstättenging. Sollte sie in ihrer Aussage missverstanden worden sein, möchte sie sich entschuldigen. Es gibt sicher LVB-Mitglieder, die hinter der Initiative stehen und sie unterstützen können. Zusammengefasst: Der Englischlehrplan war ein Krampf. Es liegt nun die bestmögliche Variante vor. Es ist zu wünschen, dass jeder weitere Lehrplan, der ausgearbeitet wird, kurz, prägnant und umsetzbar ist im Lehrteilplan A – und mit ganz wenigen Kompetenzen bestückt.

Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) meldet sich nochmals geschwind zu Wort. Zum Englischlehrplan: Die Notwendigkeit eines Kampfes für solche Vorgänge wird in Abrede gestellt. Es wird von allen Beteiligten von Arbeitsgruppen erwartet, dass man sich an Abmachungen hält und sie das Gespräch suchen, wenn sie Vorschläge haben. Wenn man mitten im Prozess an die Presse gelangt, ist das nicht gut. Für ein gemeinsames Gespräch steht man jederzeit bereit. Dies war auch beim Englischlehrplan der Fall. Als im Frühjahr gewisse Mitglieder an die Presse gelangten, konnte nicht sofort reagiert werden, weil Corona dazwischenkam. Man musste sich vorrangig um die neue Situation kümmern und konnte nicht sofort reagieren auf die Anfrage eines Mitglieds der Arbeitsgruppe. Dies nun als Kampf zu bezeichnen und das AVS so hinzustellen, als wäre es nicht gesprächsbereit, ist wirklich daneben. Das Amt für Volksschulen leistet hervorragende Arbeit und will nichts anderes, als einen Lehrplan, der möglichst breit akzeptiert wird, vorlegen zu können und vom Bildungsrat absegnen zu lassen. Wenn Einzelne andere Meinungen haben, soll man diese einbringen. Sie werden angehört und miteinbezogen. Viele Landrätinnen und Landräte können bezeugen, dass der Prozess genauso abläuft.

Patricia Bräutigam (CVP) sagt, dass auch die CVP/glp-Fraktion die beiden Anträge dezidiert ablehne. Die Schulen müssen endlich zur Ruhe kommen. Ein erneuter Eingriff in den Lehrplan von Seiten Politik ist nicht angebracht und alles andere als zielführend. Die Lehrpersonen haben bereits die Möglichkeit, nötige und gewünschte Anpassungen durch den Rückmeldeprozess einzubringen. Es wird darauf vertraut, dass dieser Prozess der richtige Weg ist und im Schuljahr 2022/23 ein praxistauglicher definitiver Lehrplan vorliegen wird.

://: Die Anträge von Regina Werthmüller werden mit 71:8 Stimmen bei 6 Enthaltungen abgelehnt

– *Rückkommen*

Es wird kein Rückkommen verlangt.

– *Schlussabstimmung Landratsbeschluss*

://: Mit 77:6 Stimmen bei 3 Enthaltungen wird dem Landratsbeschluss zugestimmt.

Landratsbeschluss

betreffend Formulierte Gesetzesinitiative «Die gigantische und unerfüllbare Anzahl von 3'500 Kompetenzbeschreibungen in den Lehrplänen auf ein vernünftiges Mass reduzieren»

vom 22. Oktober 2020

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

1. *Die formulierte Gesetzesinitiative «Die gigantische und unerfüllbare Anzahl von 3'500 Kompetenzbeschreibungen in den Lehrplänen auf ein vernünftiges Mass reduzieren» wird abgelehnt.*
2. *Den Stimmberechtigten wird empfohlen, die formulierte Gesetzesinitiative «Die gigantische und unerfüllbare Anzahl von 3'500 Kompetenzbeschreibungen in den Lehrplänen auf ein vernünftiges Mass reduzieren» abzulehnen.*

Landratspräsident **Heinz Lerf** (FDP) schliesst die Sitzung heute, für die Gäste aus Basel-Stadt und dem Jura, mit einer Musikempfehlung aus dem Banntagsliederbuch von Liestal. Das Lied Nr. 13 heisst «Gilberte de Courgenay» und beginnt mit der Strophe: *[rezitiert]* «By Pruntrut im Jura, da hät e Wirt es Huus. Da luegt es Meitschi alli Stund dreimaal zum Fenster uus», gefolgt vom schwungvollen Refrain: *[gesungen]* «C'est la petite Gilberte...» und so weiter.
